

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus-roßer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhäusen u. Uml. Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 135

Herford, Mittwoch, den 12. Juni

1918

Die Höhe südwestlich Noyon erobert.

Der Uebergang über die Mag erzwungen.

15 Milliarden neue Kriegsanleihe.

Mit. Berlin, 11. Juni. Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe stellt sich nach Ablauf der Zeichnungsfrist (18. Mai) nummehr auf 15 001 425 400 M. Die bei der ersten Meldung ausgesprochene Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch das Einkommen von rund 1/4 Milliarde Mark erfüllt.

Burian in Berlin.

Mit. Berlin, 11. Juni. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Burian ist heute früh um 11.15 Uhr hier eingetroffen, begleitet von seinem Ratniettsch Grafen Colorado. Außerdem traf der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz Sosenko, hier ein. Graf Burian wurde am Bahnhof von dem Adjutanten des Reichskanzlers, Rittmeister von Hertling, der ihn im Namen des Reichskanzlers begrüßte, und von den Herren der österreichisch-ungarischen Botschaft, an der Spitze Botschaftsrat Graf Varisch, empfangen.

Mit. Wien, 10. Juni. In der Unterredung des Vertreters der „Neuen Freien Presse“ sagte der Minister des Äußern Graf Burian bezüglich der Tagung der Delegationen: Er wünsche lebhaft, daß ein baldiger Zusammentritt der Delegationen ermöglicht werde; doch hänge die Erfüllung dieses Wunsches nicht von ihm allein ab. Ueber die Ernährungsfrage sagte der Minister: Die größte Zeit haben wir überwunden. Wir dürften auf eine gute und teilweise sogar sehr gute Ernte rechnen. Für die wenigen Wochen, die bis dahin noch zurückzuliegen sind, sind wir gedeckt und es kann eine der aktuellsten Sorgen als beseitigt bezeichnet werden.

Tanks und Flammenwerfer.

Mit. Berlin, 11. Juni. Am 9. Juni, vormittags 6.20 Uhr, war bereits von der gegen Österreich vordringenden Division das feindliche Grabenstystem und der Ort selbst mit Hilfe von Tanks in heftigen Kämpfen genommen. Das von Schluchten durchzogene waldreiche Gelände hat das Aussehen eines großen Parks; es bot dem Feinde hervorragende Stützpunkte zum Einbau von Maschinengewehren. Bei der Bekämpfung derselben leisteten deutsche Tanks und Flammenwerfer Glanzleistungen. Durch die geschlossenen Räume der Dörfer führten die Tanks vor und säuberten sie mit ihren Geschützen und Maschinengewehren. Ein Flammenwerfer vernichtete allein vier Maschinengewehrstützpunkte. Die Tanks stießen fortan südlich auf Savilly vor und erschloßen den Infanterie die Einnahme des Dorfes. In Savilly wurde ein feindliches Bataillon, das an den Gräben der zweiten Stellung arbeitete, bis auf den letzten Mann gefangen genommen. Westlich der Dörfer wurden zahlreiche Geschütze erobert. Auch Sanitätsautos, viel Telephongerät und große Mengen Munition fielen in unsere Hand. — Gegen Abend tobte der Kampf um das Dorf Bataille und um die Waldstücke östlich davon. Das Dorf mit Schloß und Park bildete einen starken Stützpunkt inmitten der gut ausgebauten dritten feindlichen Stellung. Der Ort wurde früh morgens um 10 Uhr erobert. Bald darauf fiel Belloz. Hiermit hatte die Division das schwierigste Gelände überwunden. Gegen Truppen von drei Divisionen hatte sie zu kämpfen. Ueber 2500 Gefangene, eine große Anzahl Maschinengewehre und zahlreiche Geschütze sind erbeutet.

Mit. Berlin, 11. Juni. Die Gefangenen bestätigen in allem die Angaben der deutschen Führung. Der Gegner war diesmal auf den Stoß vorbereitet. Die Leute flohen, daß sie in den letzten Wochen unvorsichtiger in Marmorenbereitschaft gehalten worden seien. Allmählich gab es sowohl für die Kampftruppen wie für die im Hintergelände bereitgestellten Reserveformationen. Das deutsche Artilleriefeld scheint einen großen Teil des Gegners völlig entzerrt zu haben. Die mit Nachdruck zur Schau getragene Kriegsmüdigkeit und die offen geäußerte Freude über das Gefangenentum mag für diesen Mangel an Widerstand günstige feindliche Voraussetzungen geschaffen haben. Gefangene der 18. Infanterie-Division, die nach dem deutschen Angriff mit anderen Divisionen der Heeresreserve in die Schlacht geworfen wurde, ohne das Schicksal der letzten Nacht zu erfahren, erzählten, daß die in den letzten Wochen von einem verlustreichen Kampf zum andern gegangenen französischen Divisionen kaum noch zur Ruhe kämen, um sich wieder außer-

Bericht des Hauptquartiers.

Mit. Großes Hauptquartier, 11. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die tagsüber mäßige Gefechtsintensität lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Der feindliche Einbruch des Feindes an der Straße Corbie-Bray wurde durch Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

In zwei Kampfzügen hat der Angriff der Armees des Generals von Fritter zu dem beabsichtigten Ergebnis geführt und uns in den Besitz des Höhenlandes südwestlich von Noyon gebracht. Der Stoß traf einen auf unseren Angriff vorbereiteten, tiefgelagerten Feind in starker Stellung. Die französischen Divisionen konnten trotzdem der ungeklärten Angriffskraft unserer Truppen nicht widerstehen. Auch die zu einheitlichen Gegenangriffen herangeführten Divisionen der französischen Heeresreserve wurden gestern in erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen.

Auf rechtem Angriffsfügel behaupteten Truppen des Generals von Lelinger die südlich von Aisneville genommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe. Die Truppen des Generals von Webern stießen im Kampf

lich und innerlich festigen zu können. Die Leute hatten erst kürzlich im Senecanvalle bei der Vore außerst blutige Kämpfe zu bestehen. Nun hat sie das Schlachtenfeld wieder in unglückliche und erfolglose Kämpfe gerissen.

Neue Geschütze.

Mit. Genf, 11. Juni. Ein Kriegsberichterstatter französischer Zeitungen vom 9. Juni erzählt, daß die Deutschen bei ihrer Offensive zwischen Montdidier und Noyon in noch größerer Zahl Maschinengewehre verwendet als jemals zuvor. Sie haben besonders leichte Maschinengewehre auf leichtem Karren, die ohne irgendwelche Schwierigkeit vorgebracht werden können.

Außerdem verwenden die Deutschen leichte Feldgeschütze auf zwei Rädern, zu deren Beförderung und Bedienung nur drei Mann nötig sind. (Die bisherigen Geschütze hatten bekanntlich auch nur zwei Räder, bei Transport wurden sie jedoch an die Lokomotive angehängt, die ebenfalls zwei Räder hat. Die Ausrüstung hat also auch bei der Beförderung nur zwei Räder.)

Reichlicher Bericht.

Frankösischer Heeresbericht vom 9. Juni, abends: Die neue Offensive, die heute früh von der deutschen Armee begonnen wurde, hat sich mit Heftigkeit entwickelt und wird auf einer Front von 35 Km. zwischen Montdidier und Oise aufrecht erhalten. Der Feind verdoppelte mit erheblichen Kräften seine Anstrengungen, um unsere Linien einzustößen. Unsere Truppen haben überall den Stoß aufgehalten und leisteten auf der ganzen Kampf Linie hartnäckige Kämpfe, durch welche der feindliche Stoß ernstlich aufgehalten oder verlangsamt worden ist. Auf dem linken Flügel gelang es den Deutschen unsere Deckungszone zu überschreiten. Sie sind durch unsere Truppen auf der Linie Dubouaull-le-Fretay, welche sie erreichten, nachdrücklich festgehalten worden. Im Zentrum war der feindliche Vorstoß fühlbarer. Nach verschiedenen, für die Deutschen mörderischen Angriffen gelang es ihnen, in den Dörfern Noyon für Mag und Moreuil Fuß zu fassen, wo unsere Einheiten der ersten Linie die Verteidigung Schritt für Schritt fortsetzten. Auf unserem Flügel begegnet der Feind nicht weniger nachhaltigen Widerstand. Trotz seiner wiederholten Anstrengungen haben wir uns auf der Front Belval-Canonnecourt-Ville behauptet.

Belgischer Bericht vom 9. Juni: Während der beiden letzten Tage war die Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Nieupoort und Dignuiden besonders lebhaft. Während der letzten Nacht versuchte der Feind an unsere Linien in der Richtung auf St. Georges heranzukommen. Er griff in unsere Sperrfeuer und vermochte nicht, sich unseren Gräben zu nähern.

bei Courcelles und Merx. Beiderseits der großen Straße Noyon-Etrec St. Denis eroberten sie den Höhenrücken von Merx, durchstießen die dritte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Ancre zurück.

Trotz jähher feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals von Schoeler den Uebergang über die Mag. Nach Erstürmung der Höhen von Marquessies und des Bignemont-Berges drangen sie in unaufhaltbarem Angriff bis Anthuill vor.

Das Korps des Generals Hofmann hat in stetem Kampfe das feindliche Stellungsgewirre auf den Höhen südlich von Thiescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Dije abfallenden Hängen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe deutscher Kronprinz seit 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75 000.

An der Front von der Dije bis Reims ist die Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nordwestlich von Chateau Thierry brachen verlustreich zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Uebersicht.

Mit. Berlin, 11. Juni. Auf dem Kampffelde südwestlich Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten gescheitert.

Die U-Boote der amerikanischen Küste.

Mit. Bern, 11. Juni. Die Pariser „Chicago Tribune“ vom 7. Juni bringt eine New Yorker Drahtung über die Tauchbootbesetzung, in der es heißt:

Die Annahme, daß die Tauchboote, die mindestens 15 Schiffe in verhältnismäßig geringer Entfernung von der Küste versenkten, nach Europa zurückgekehrt seien, haben sich als falsch erwiesen. Von einem Zerstörer sind 48 Ueberlebende des versenkten Schiffes „Baird“ aufgespürt worden. Die interessanteste Erfahrung machte die Besatzung des Schoners Edna, die eine Woche lang an Bord eines Tauchbootes festgehalten wurde. Die Mannschaft des Tauchbootes erklärte, Deutschland habe eine permanente Blockade der amerikanischen Küste eingerichtet. Das Tauchboot habe viel mit Proviant für ein halbes Jahr verlassen, aber man beabsichtige, ein Jahr lang auf See zu bleiben und den Proviant von den gekaperten Schiffen zu ergänzen.

New York bereite sich auf alle Möglichkeiten vor. Die Auslöschung aller Lichter mit Ausnahme der Straßenlampen und der Innenbeleuchtung wurde befohlen. Die Polizei kündigte Warnungssignale im Falle eines U-Boat-Angriffes an. Alle Lichter in Conny Island, Brighton, Seagate und anderen Küstenplätzen sind verdunkelt.

Der U-Boat-Bericht.

Mit. Berlin, 10. Juni. Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote 7 Dampfer von etwa 26 000 BRT.

Unter diesen befanden sich die englischen beladenen Dampfer „Cambridge Ring“ (3601 BRT.) mit Flugzeugen und der Dampfer „Enolddon“ (3189 BRT.) mit 4000 Tonnen Kohle und 200 Tonnen Stahlgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Wiener Bericht.

Mit. Wien, 11. Juni. Ämtlich wird gemeldet: An der untersten Platte scheiterten abermalig zwei italienische Vorstöße. In der Franzosa-Schlacht wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Nordwestlich von Korea in Albanien haben die Franzosen ihre Angriffe wieder aufgenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Von der polnischen Legion.

Mit. Marmaros Sziget, 10. Juni. (Wiener Korrespondenz.) Heute begann bei der Expositur des Feldgerichts des 7. Generalcommandos in Marmaros Sziget die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten

polnischen Hilfskorps. Obwohl nach der Militärstrafprozessordnung die Hauptverhandlung bei Verfahren im Felde in der Regel nicht öffentlich ist, wurde auf Antrag der Verteidiger die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung verfügt. Der Antrag der Verteidigung, die Hauptverhandlung in polnischer Sprache durchzuführen, wurde abgelehnt unter Hinweis darauf, daß das Feldkriegsgericht sich auf ungarischem Gebiete befindet, wo die polnische Sprache nicht zu den landesüblichen gehöre und die Abweichung von der Dienstsprache eine erhebliche Erschwerung und Verzögerung im Verfahren nach sich ziehen würde. Es stehe ein benachteiligter Dolmetscher zur Verfügung. Die Verteidiger behaupteten vollständig die deutsche und polnische Sprache und ein Teil der Angeklagten verstehe und spreche deutsch.

Hierauf wurde die umfangreiche Anklageschrift verlesen. Die Anklage lautet auf Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates begangen in Kriegszügen ohne Einverständnis mit dem Feinde durch unbedingte Werbung, Aufstellung eines Desertionskomplots, Morderei, Empörung, Diebstahl und öffentliche Gewalttätigkeit. Nach der Verlesung der Anklageschrift begann die Vernehmung eines der Hauptangeklagten, des Regionshauptmanns Intendanten Dr. Roman Goredi. Dieser erklärte sich nicht schuldig und betonte, daß infolge des Prest-Bitowsker Friedensvertrages unter der polnischen Nation hervorgerufenen Mißstimmung wegen der Einverleibung der polnischen Gebiete in die Ukraine die Gerichte einer Auflösung der polnischen Legionen, der Abdankung der polnischen Regierung und die Demission des Regimentsrates die Legionen in ein unhaltbares Verhältnis zu der polnischen Öffentlichkeit und in Widerspruch zu den militärischen Pflichten gebracht haben. Die weitere Vernehmung Goredis erfolgt am Montag.

Dynastische Experimente.

Reichstagsabg. Kaufmann hat jüngst in der württembergischen Kammer gewarnt, zu viele Erbschöpfung und Erbschöpfung auszuüben. Er sagte: „Die Diplomatie, die einst österreichische Großherzöge nach Parma und nach Vostana geschickt hat, hat schlecht gearbeitet und sich bitter gerächt. Wenn wir jetzt hören, daß ein Herzog von Medlenburg für Finnland ausgerufen sei — Finnland, ein hochgradig sozialistisches Land! — wenn wir lesen, daß unser verehrter Herzog von Urach schon für Bittauen genannt war, so dürfen und sollen wir ausprechen: Der Vorgang des Fürsten von Wied in Albanien lockt nicht zu Wiederholungen. Die Zeit ist für dynastische Experimente weniger als je geeignet. Die ganze Entwicklung ist doch so, daß der demokratische Gedanke stärker in der Welt geworden ist, als jemals früher. Das müssen wir bei diesen Fragen in die Waagschale legen und erkennen, daß sich keine Stützen auf Krottannen ockulieren lassen.“

R. G.

Der Sozialdemokrat im Reichstagspräsidium.

15 Jahre sind es her, da nahm der sozialdemokratische Parteitag in Dresden eine Entschließung an, deren erster Satz lautete: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfliche Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.“

Heute sitzt ein Sozialdemokrat als Vizepräsident im Reichstagspräsidium, und der „Vorwärts“ schreibt: „Einmütig stellte sich die Fraktion auf den Standpunkt, daß der aus ihren Reihen zu wählende Vizepräsident, die aus dem Amt sich ergebenden Pflichten voll zu übernehmen habe.“ Auf die Frage, ob damit auch die höflichen Pflichten eingeschlossen seien, antwortet der „Vorwärts“: „Sollte ein Empfang (beim Kaiser) beabsichtigt sein, so ist daran zu erinnern, daß sich die Situation seit dem Kriege wesentlich geändert habe... Tatsächlich hat auch schon vor einiger Zeit gele-

gentlich eines parlamentarischen Abends beim Staatssekretär Helfferich eine persönliche Zusammenkunft und Aussprache des Kaisers mit den führenden sozialdemokratischen Parlamentariern stattgefunden, jedoch ein Empfang des sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht einmal ein Novum darstellen würde.

Vor 15 Jahren wurde in Dresden heftig darüber gestritten, ob ein Sozialdemokrat hiesige Pflichten als Vizepräsident übernehmen dürfte. Eduard Bernstein, der damals als Revisionist zum äußersten rechten Flügel in der Sozialdemokratie gehörte und heute zu der radikalen Gruppe der Unabhängigen gehört und als Mitglied dieser Partei wahrscheinlich gegen die Übernahme hiesiger Pflichten durch einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten ist, hatte vor 15 Jahren die ganze Frage angeschnitten und nachdrücklich die Übernahme hiesiger Pflichten befürwortet. So ändern sich die Zeiten und die Menschen. Vor 15 Jahren warnte Bernstein auf dem Parteitag in Dresden dringend vor der Annahme der oben erwähnten Resolution. Er sagte: „Wenn Sie jetzt diese Resolution annehmen, so bin ich fest überzeugt: sobald eine Situation kommt, wo sich herausstellt, daß der Posten eines Vizepräsidenten wirklich von realem Nutzen und Wert für die Partei ist, wird Bebel der Erste sein, der diese Resolution mit Füßen tritt. Wozu sind doch schon so oft in die Lage gekommen, gegen unsere eigenen Resolutionen handeln zu müssen. Wozu sollen wir uns denn überhaupt in feierlicher Weise jetzt sozusagen die Tür vor der Nase zuschließen, wo wir nachher eventuell gezwungen werden können, durch ein Mandat wieder hineinzufrieden?“ — Bernstein war der Ansicht, daß das Eingehen auf die Bedingung der Übernahme hiesiger Verpflichtungen nach Annahme der Resolution von Gegnern als ein laudinisches Joch hingestellt werden würde. Heute sagt der „Vorwärts“: „Entgegen früheren Worten aus kaiserlichem Munde ist 1914 das Wort gesprochen worden: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Das war dem Kriege geltend gemachte Bedenken, daß der sozialdemokratische Vizepräsident einem Mann einen Besuch abstatten würde, der sich persönlich als Feind und Bekämpfer der Sozialdemokratie bekennt, ist damit hinfällig geworden.“

Zimmerlicher Geist in großer Zeit.

Ablehnung des Wahlrechtskompromisses durch die Regierung.

Nachdem im preussischen Abgeordnetenhaus Herr Lohmann den Konservativen drei Schritte entgegengekommen ist, hat sich auch Herr v. Heydebrand bewogen gefühlt, einen halben Schritt vorwärts zu machen, und es ist das Wahlrechtskompromiß entstanden, das das Abgeordnetenhaus nun in einer sogenannten vierten Lesung verabschiedet hat. Da aber jetzt neue Verfassungsänderungen vorliegen, so muß innerhalb 21 Tagen noch eine Abstimmung stattfinden. Es wird dann inzwischen Juli geworden sein, wenn das notwendige festgestellte Wahlgesetz an das Herrenhaus geht. Vom Herrenhaus ist eine übertriebene Eile nicht zu erwarten, und so wird der Herbst herankommen, bis das Haus aufgelöst werden wird. Ohne das geht es nicht — das ist das Ergebnis der vierten Lesung.

Der Wahlrechtsminister Dr. Drews ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Regierung nicht auf den Boden des Antrages Lohmann-Lüdicke-Heydebrand treten kann, und daß auf dem Boden dieses Antrages ein Zustandekommen der Vorlage für die Regierung ausgeschlossen ist. Selbst wenn das Herrenhaus das gleiche Wahl-

recht wieder in die Vorlage einfügen sollte, muß es nach dem Verlauf der Abstimmung als ausgeschlossen gelten, daß die wahlrechtsfeindliche Mehrheit auseinanderfällt. Sie ist durch das Abschwenken eines Teiles des Zentrums noch stärker geworden, und die Opposition gegen die Regierung steht nunmehr, da Herr Lohmann in Heydebrands Arme gesunken ist, stärker da als zuvor. Natürlich nur rein zahlenmäßig und lediglich in einem Parlamente, das auf Grund seines Wahlrechtes die wirkliche Volksmeinung nur verzerrt wiedergibt. Den Gegnern des gleichen Wahlrechtes ist keineswegs wohl.

Das ganze Kompromiß entspringt ja nur der Sorge um die Wiederwahl seiner Urheber. Für den Fall der sicheren Auflösung bedürfen die Wahlrechtsfeinde einer Wahlparole. Die Zusatzstimme für Alter und Selbständigkeit soll den Wahlrechtsfeinden die Gefolgschaft der selbständigen Heimkrieger sichern. Dem großen nationalen Gedanken des gleichen Wahlrechtes will man den kleinen Sonderworteil der Zusatzstimme entgegenstellen, und man hofft, daß die Kreise der „Selbständigen und Gehobenen“ sich damit ködern lassen. Diese Spekulation wird vergeblich sein, aber es ist unendlich traurig, daß sie in einer Zeit versucht wird, wo auf den Schlachtfeldern aufs neue der herrliche Grundgedanke einer für alle und alle für einen in so wunderbarer Weise bestätigt wird.

Das Wahlrechtskompromiß ist ein Hohn auf den Schützengrabengeist und eine Abgabe an die Gesinnung des 4. August 1914. Es entspringt dem Geiste des Gleichheits und der Kriegsgewinn, wo der kleine Eigenvorteil über das Interesse der Gesamtheit gestellt wird. Im Volke wird man sich darüber klar sein. Die Väter des Kompromisses beleidigen mit ihren Erwartungen das Volk. Aber sie treiben gleichzeitig auch eine unendlich kurzfristige Politik. Wenn etwas der Radikalismus stärkt, so ist es der Gedanke, daß die Altersstimme eine direkte Zurückweisung aller Kriegsteilnehmer in sich schließt. Die Zusatzstimme für „Selbständige und Gehobene“ zerreißt das Volk in zwei Teile und muß den radikalsten Klassenkampfgründungen unendlich Vorstoß leisten. In ihrer Blindheit sind die Anhänger des Kompromisses sogar so weit gegangen, den zweijährigen Wohnsitz in der Gemeinde einzuführen. So offenbart sich in dem Kompromiß überall ein kleiner Geist in dieser großen Zeit. Das Volk wird darüber richten.

Die Abstimmung.

Die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage nahm am Dienstag den erwarteten Verlauf. Die Gegner des gleichen Wahlrechtes sind fest geblieben und haben die Mehrheit behauptet. Mit 235 gegen 164 Stimmen haben sie abermals das gleiche Wahlrecht niedergestimmt. Sehr wirkungsvoll und mit treffenden Argumenten zerplückte der fortschrittliche Führer Dr. Bachmiche das neue Kompromiß, das über Nacht dem Abgeordnetenhaus und vor allen Dingen der Regierung hingeworfen worden ist. Er hielt der Regierung vor, wie schädlich ihr Warten gewesen ist und daß jetzt keine Zeit mehr zur Aufstellung der Wahlerlisten verjährt werden dürfe, weil die Mehrheit dem König zumute, sein Wort zu brechen.

Der fortschrittliche Führer fand mit seinen die ganze Situation stahl beleuchtenden und die Linien für den Wahlkampf bezeichnenden Darlegungen stürmischen Beifall auf der ganzen Bank, zu der auch die eine Hälfte der Nationalliberalen zu rechnen ist, für die der Abg. Lucas die Erklärung abgab, daß sie sich von gleichen Wahlrecht nicht würde abbringen lassen. Herr Lohmann, der inzwischen sein Amt als Fraktionsvorsitzender

niedergelegt hat, hatte die undankbare Aufgabe, den Kompromißantrag zu begründen. Er tat es, indem er Furcht und Schrecken über die Wirkung des gleichen Wahlrechtes zu verbreiten suchte.

Die Debatte war kurz. Alles drängte zur Entscheidung, die auf Antrag der fortschrittlichen Volkspartei wieder in namentlicher Abstimmung gesucht wurde, um vor dem Lande die Reformgegner festzustellen. Die erste namentliche Abstimmung betraf die Aufenthaltsbeschränkung, die nach der Regierungsvorlage für den Wahlberechtigten ein Jahr betragen sollte, und die die Kompromißparteien auf zwei Jahre erhöhen wollten, um dadurch die fluktuierende Arbeitererschaft vom Wahlrecht auszuschließen. Die Reformgegner setzten ihren Willen mit 223 gegen 188 Stimmen durch. Das war die erste Kraftprobe, und nun stimmte die Rechte mit ihren Verbündeten alles nieder. Das gleiche Wahlrecht fiel mit 235 gegen 164 Stimmen.

Selbst der von den linksnationalen Volkspartei eingebrachte und von der fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten unterstützte Antrag, die zweite Zusatzstimme, die den Rottenführern und Vorarbeitern gewährt werden soll,

auch unseren Feldern im Felde.

den Kriegsteilnehmern und den Personen des eigenen Hausstandes zugubilligen, fand nicht Gnade vor den reaktionären Herren Preussens. Die Kompromißanhänger lehnten ihn mit 251 gegen 147 Stimmen ab. Die Kriegsteilnehmer werden es diesen Reformgegnern sicherlich nicht vergeßen, wie ihre Leistungen für das Vaterland eintariert werden, und daß man sie nicht für gut genug hält, an dem Ausbau des Vaterlandes, für das sie ihr ganzes Leben einsetzten, wenn es schon Beborzugung geben soll, in bevorzugter Stellung mitzuwirken.

Dann setzte die wahlrechtsfeindliche Mehrheit den Schlüsselpunkt unter ihr Wort: Der Kompromißantrag Lohmann mit seinen zwei Zusatzstimmen wurde mit 255 gegen 154 Stimmen angenommen. Sie haben Eile, und deshalb wurden alle Anträge auf Vertagung der weiteren Beratung abgelehnt, an einem Tage soll dem deutschen Volke gezeigt werden, daß im preussischen Abgeordnetenhaus kein Verständnis besteht für die Wandlungen, die der Krieg herbeigeführt hat und kein Entgegenkommen für das Königswort und für das Versprechen der Regierung.

Spaltung der Nationalliberalen?

Lohmanns Rücktritt vom Vortisch.

Der bisherige Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses Amtsgerichtsrat Dr. Lohmann war im ersten Augenblick schon, als er den Fraktionsvorsitz übernahm, als Leiter der Fraktion unmöglich. Er wurde in dem Augenblick zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, als Dr. Friedberg den Fraktionsvorsitz niedergelegt hatte und in das preussische Staatsministerium als dessen Vizepräsident eingetreten war, mit dem ausdrücklichen Auftrag, das gleiche Wahlrecht für Preußen durchzuführen. Je mehr sich im Laufe der Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage ergab, daß die Wahlrechtsfreunde in der nationalliberalen Landtagsfraktion an Zahl, wenn auch nicht stark, den wahlrechtsgegnerrischen Fraktionskollegen überlegen waren, desto mehr erlähnte der Fraktionsvorsitzende Dr. Lohmann in einer hochbedeutenden Frage als ein Führer gegen seine Fraktion. Er hat jetzt mit der Niederlegung des Fraktionsvorsitzes in der Fraktionsführung am Dienstagvormittag nur die Konsequenzen aus einer unhaltbaren Lage gezogen. Bei der Schärfe der Gegensätze, die dazu geführt hat, daß die Verhandlungen über das Kompromiß mit den Konservativen in ängstlicher Heimlichkeit betrieben wurde, um die Linke in der Fraktion nur

ja nicht wissen zu lassen, was die Rechte tut, ist ein Zusammenhalt in der Fraktion kaum noch denkbar. Keine der beiden einander gegenüberstehenden Fraktionsgruppen kann sich bei einem Zusammenarbeiten mit der anderen wohlfühlen. Mit Recht hat Dr. Bachmiche am Dienstag dem unmittelbar neben ihm stehenden Dr. Lohmann nahegelegt, das Wort liberal aus der nationalliberalen Parteifirma zu streichen. Dr. Lohmann hat auf dem nationalliberalen Preuentag am 28. April erklärt: „Vielleicht ist es das letzte Mal, daß ich zu Parteifreunden spreche. Wenn keine Verständigung gelingt, werden Sie mich nicht wieder sehen.“

Der reaktionäre Pluralwahlrechtsantrag.

§ 3.

I. Jeder Wähler hat eine Grundstimme.

II. Außerdem erhält je eine Zusatzstimme

1. wer mindestens 50 Jahre alt ist,
2. wer entweder
a) in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr oder im freien Berufe selbstständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsführer vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet seit mindestens einem Jahre tätig ist oder mindestens 20 Jahre tätig gewesen ist, oder
b) mehr als 10 Jahre (einschließlich der Militärdienstzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptamtlich tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinar-gerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder
c) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechts oder in ihrer Vertretung oder Verwaltung ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinar-gerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder
d) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr im öffentlichen Dienste oder im freien Berufe als nichtleitender Angestellter in gehobener Stellung tätig ist. Als solche gelten alle Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 ohne Rücksicht auf die in diesem Gesetz festgesetzte Gehaltsgrenze, oder
e) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in staatlichen, gemeindlichen oder privaten Betrieben als Aufseher, Vorarbeiter oder Rottenführer tätig ist und regelmäßig die Aufsicht über mindestens fünf Arbeiter führt.

Dr. Lohmann, v. Heydebrand, Lüdicke, von dem Hagen.

Deutscher Reichstag.

Die Kriegstabalmischung.

172. Sitzung. Dienstag, 11. Juni 1918. 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Kriegsminister v. Stein.

Abg. Müller-Meinungen (Vp.): fragt: In jüngster Zeit ist als Kriegstabalmischung an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der ganz oder zum größten Teil aus, insbesondere Buchenlaub, entfällt und von den Truppen weggeworfen werden muß, obwohl er der Militärverwaltung viel Geld kostet. Was denkt der Reichsfiskus zu tun, um diesem Vorgehen einzeln Lieferanten im Interesse des Heeres mit aller Schärfe und schnellstens zu begegnen?

(Auf dem Tische des Hauses sind eine Reihe von Päckchen der erwähnten Tabalmischung ausgelegt, die von Abgeordneten aller Parteien gründlich untersucht werden. Alles wendet sich schauernd ab.)

General v. Oven: Die Kriegstabalmischung ist aus der Not der Zeit entstanden. Die Heeresverwaltung hat sich nur ungern dazu entschlossen, der

Ein herber Ausdruck trat jetzt auf des Grafen Gesicht.

„Ich hatte in deiner Liebe mehr Stärke gewährt, Du scheinst vieles nicht zu können.“ Sie starrte ihn an, eine tödliche Angst erfaßte sie. „Schob er sie von sich?“

„Sie hob die Hände flehend empor.“

„Verzeih mir. Alles kann ich, alles will ich, was Du nur willst.“

„Er zog sie dicht zu sich heran, doch ohne sie zu küssen.“

„Ich halte Dich an diesem Wort. Und sei getroßt — seine Stimme klang wie herrliche Verheißung — „der Weg zur Seligkeit führt über steinigtes Land.“

* * *

Totmatt kam Gretchen heim. Gottlieb, die Mutter war noch auf dem Felde, so brauchte sie nicht gleich die Verstellung beginnen, konnte noch eine Weile in ihren Mienen, in der Unrast, die sie trotz aller Kraftlosigkeit im Hause umhertrieb, all das Hoffen und Bangen, all die qualvolle Wonne zeigen, die sie erfüllte. Aber es war so eng, so luftleer in der Stube, daß fast der Atem versagte. Sie öffnete die Fenster weit, bog sich hinaus und trank düstend die Luft in sich hinein.

Da — aus dem Walde her, auf das Haus zu, wie's fester, dröhnender, fast laufender Schritt — der Fritz, — Warmherziger, der Fritz!

Wie er die Hausstufen hinanstürmt, ungestüm die Tür öffnet und mit einem Freudenlachen sie umschlingt.

(Fortsetzung folgt.)

Försters Gretchen.

Roman v. D. Abt.

14. (Nachdruck verboten)

Was das Herz gebietet, ist des Menschen höchste, heiligste Pflicht — hatte er ihr gesagt, dessen Wort ihr wahr galt, wie das Evangelium.

Und das Morgen, die Stunde, wo er sie im Walde erwartete, kam heran. Er wartete ihrer, empfing sie mit ungeduldig geöffneten Armen, mit zärtlichen Liebesworten und betörenden Schmeicheleworten, aber die Worte, nach denen sie zumeist verlangte, vernahm sie nicht.

Nichts davon, was aus dieser Heimlichkeit hinauswies, in eine offene freie Zukunft hinein — keine Zukunft, nur die Stunde, das Heute — und — vielleicht noch das Morgen —.

Sie starrte ihn plötzlich an, als erwache sie aus schwerer, trügerischer Traumverlorenheit zur Wirklichkeit. Es gab ja auch, konnte ja auch kein Morgen, keine Zukunft geben, die ihnen gemeinsam lag, ihm, dem vornehmen Herrn, und ihr, dem schlichten Kinde des Volkes.

Die Waldblume hatte ihn gekreuzt, er neigte sich ihr zu in Kuld, für eine Stunde, für einen Sommertag, und dann —

Er nahm ihr ganz erblautes Gesicht in seine Hände.

„Wo hast Du mit einem Male Deine Rosen gelassen, mein Lieb?“

Sie zitterte wie eine schlante Ranke, und plötzlich warf sie sich in heiß hervorbrechender Leidenschaftlichkeit, in jäh emporflammernder Erregung an seine Brust.

„Ja, Dein! Dein in alle Ewigkeit! Und wenn

Du fortgehst in dieser Stunde noch, ich behalte Dich doch, tief drinnen im Herzen bleibt Du doch mein, da will ich Dich halten und Dir für das Glück danken, das Du mir geschenkt hast und für Dein Glück beten mein ganzes Leben lang.“

Er hielt sich gewaltsam zurück, daß er sie nicht in seine trumene Umarmung hineinriß, daß er erst die Wonne auskostete, sie zu sehen in dieser Verzückung einer Liebe, die ihn emporhob, und noch den Schmerz als Segen pries, weil er aus seiner Hand gekommen. Und was ihm bisher nur tändelndes Spiel, ein angenehm erregender Zeitvertreib gewesen, das wuchs aus diesem frohlockenden Bewußtsein seiner Macht zu leidenschaftlichem Verlangen empor zu höherem, begehrenswertem Besitz.

„Mein“, sagte er, „mein!“ und es war keine halbgespielte Blume mehr, die ihr aus seinen Augen entgegenflamte. „Du Süße, Du Goldesel! Mit mir nehmen will ich Dich, Du mein Waldbvogel, ein goldenes Nest will ich Dir bauen, ein Nest für unser Glück.“

Sie blickte ihn fragend an, nicht wagend ihn zu verstehen, wie eine jähzühnd emporstehende Hoffnung ihn verstehen wollte.

„Mit — Ihnen?“

„Mit mir als mein Eigen, mein Kleinod, meines Herzens allerschönste Frau Königin.“

„Als Ihre — als eine Frau?“

Einen Ausschrei von Seligkeit und sie lag zu seinen Füßen.

Sie sah nicht das tolle Lachen, das einen Augenblick über sein Gesicht zuckte: sie fühlte sich nur von ihm emporgezogen an sein Herz und hörte seine Stimme.

„Als meine Frau, als meine süße, süße kleine Frau.“

Demütig wie eine Magd stand sie da und ihre Augen beteten zu ihm in Dankbarkeit.

„Die Eltern —“ flüsterte sie ganz leise. Jetzt durfte sie sich ihnen ja anvertrauen, und sie würden ihr helfen, sie von dem Fritz zu lösen. „Die Eltern —“

Er schloß ihr die Lippen mit einem Kuß.

„Daß die Eltern, Vater, Mutter, die ganze Welt eines Weibes liegt in dem Manne, den sie liebt.“

Ihr Blick ward unruhig.

„Nein“, sagte er kurz, fast hart. Und wie er ihr tiefes Erschrecken, eine instinktive Bewegung sich von ihm zu lösen gewahrte, wiederholte er zärtlich, doch bestimmten Tones:

„Nein, nicht jetzt, nicht bevor ich selbst es von Dir fordere.“

Ganz verstört blickte sie ihn an.

„Die Eltern — der Vater — ihm wenigstens laß mich's sagen. Er ist so gut, er wird meinem Glück nicht entgegen sein, und ich — ich kann's so schlecht, das Eigen.“

Er sah sie an, als wolle er mit den Augen ihre Seele zu sich ziehen.

„Margarethe, liebst Du mich wirklich?“

Sie blickte ihn nur mit gefalteten Händen schweigend an.

„So beweise es, indem Du mir vertraust.“

Sagte er ernst, fast feierlich. „Ich verlange keine Lügen von Dir, ich verlange nur Schweigen.“

„Ja“, hauchte sie kaum vernehmbar.

Dann zuckte in ihr eine andere Furcht auf. „Aber der Fritz, ich kann ihn doch nicht in dem Glauben belassen, er — ich kann's doch nicht!“

Zulassung von Tabak-Erfahrungspersonen näherzutreten. Es haben sehr sorgfältige Prüfungen unter Zuziehung des Reichsgesundheitsamtes stattgefunden und man hat schließlich eine Mischung mit Buchenlaub gewählt. (Hört, hört!) Die einzelnen Mischungen fallen freilich sehr verschieden aus. (Geistliche Zustimmung.) Der Anteil an reinem Tabak ist in dem einen Paket größer als in dem anderen. Die Zahl der Mischungen ist bisher verhältnismäßig gering. (Stürmischer Widerspruch.) Gleichwohl haben wir durch Verfügung vom 13. Mai die Verteilung der Kriegstabakmischung eingestellt. (Beifall.) Da jedoch unter diesen Umständen die Tabakvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sein würden, wird die Einstellung der Lieferung dieser Kriegsmischung kaum aufrechterhalten werden können.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Also ist die Einstellung nur vorübergehend?

General v. Oven: Zunächst vorübergehend.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Ist dem Reichstanzler bekannt, daß für das hier zu Tabak verwendete Laub 10 M für den Zentner bezahlt werden, daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak aber 500 M für den Zentner verlangen? (Beifall.) Was bedeutet der Reichstanzler zu tun, um diesen selbst für die Kriegszeit unerschöpflichen Vorrat zu beschaffen? (Beifall.) Ist es richtig, daß einzelne Truppenteile durch den Genuß dieses Laubtabaks in ihrer Gesundheit mehr geschädigt worden sind, als durch feindliche Gasangriffe? (Hört, hört!) Was bedeutet der Reichstanzler zu tun, um die Truppe dauernd von dieser Plage zu befreien?

General v. Oven: Die Kriegstabakmischung kostet 5 M das Kilogramm. Darin sind 1,20 M Steuer enthalten. (Stürmische Protestrufe: Steuern auf Laub?) Also bleibt nur 3,80 M für das Laub und 1,90 M für das Pfund übrig. Der Tabak, der ja auch in der Mischung vertreten ist, (Widerstand) ist im Preise derart gestiegen, daß er kaum noch zu bezahlen ist. Der Preis von 1,90 Mark für das Pfund Kriegstabakmischung wäre an und für sich also nicht zu hoch. Die Mischung wird natürlich im großen Gemisch und es können da Versehen vorkommen. Die Einstellung der Lieferung dieser Mischung ist erfolgt auf die Nachprüfung hin, daß bei der Truppe sich Gesundheitsstörungen gezeigt haben. (Hört, hört!) Jetzt wird geprüft, in welcher Form eine Tabakmischung gegeben werden kann, bei der diese Uebelstände nicht vorhanden sind. Gegen eine Firma, die besonders schlecht geliefert hatte, ist bereits strafweise eingeschritten worden. (Beifall.) Jeder Raucher leidet unter dem Kriegstabak. Die Soldaten rauchen lieber schlechten Tabak als gar keinen. (Widerstand.) Der Tabak gehört zur Feldkost. Auf die Anregungen, die jeder Raucher empfindet, können die Soldaten nicht verzichten.

Die Debatte über den Militäretat leitete der Kriegsminister mit einer Schilderung der Kriegslage ein, die erfreulich zuversichtlich klingen konnte, und namentlich in aller Form noch einmal die völlige Vernichtung und Ausschaltung der feindlichen Reservearmee feststellte. Daneben begründete der Kriegsminister die Militärgesetze, deren Beratung mit dem Heeresetat verbunden ist; die Novelle die eine Milderung der Militärstrafen für Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft, Ungehorsam und Aufforderung zum Ungehorsam vorsteht, und die zweite Novelle, die die Heranziehung von heeresunfähigen Jugendlichen usw. zum militärischen Arbeitsdienste ermöglicht, und die dritte Vorlage, die die Ueberführung ausgebildeter junger Mannschaften des Landsturms 1. Aufgebots bei der Demobilisierung nicht zum Landsturm, sondern zum Beurlaubtenstande vorzieht.

Die Redner aus dem Hause brachten eine überraschend große Zahl von Beschwerden vor.

Der Volksparteiler Gaas begrüßte die Milderung der Militärstrafen, hatte aber gegen die Heranziehung der Jugendlichen zum militärischen Arbeitsdienste Bedenken. Unteroffizieren und Mannschaften sei jede literarische oder wissenschaftliche Veröffentlichung ohne Genehmigung des Vorgesetzten verboten worden, statt daß man froh gewesen sei solche Leute überhaupt noch zu haben. Daneben brachte der volksparteiliche Redner den Fall eines Maschinengewehrschützen zur Sprache, der nur, weil er das „Berliner Tageblatt“ gelesen habe, zur Infanterie befohlen und dort gefallen sei, und von dem die Familie nun glaube, er sei in den Tod getrieben worden. Im weiteren ironisierte der Redner die Sparlosigkeit der Heeresverwaltung, die „mit Rücksicht auf die Finanzlage“ den Soldaten nicht einmal Hosenstränge liefere, und trat dann warm für die landsturmspflichtigen Ärzte ein, denen man jetzt zwar die Achselstücke gegeben, die aber gleichzeitig zu Kriegsaussendienst auf Widerstand degradiert habe, denen heute schon als Oberärzte junge Leute vorgesetzt seien, die selbst während des Krieges ihr Notnamen gemacht hätten. Schließlich kritisierte Gaas, wie es auch schon die Vorredner getan haben, aufs heftigste das Institut der „Aufklärungsoffiziere“, die draußen sogar gegen das gleiche Wahlrecht heften, das doch der Kaiser versprochen habe.

Morgen Fortsetzung der Beratung.

Herr, Vorsitzender des Hauptausschusses.

mit. Berlin, 11. Juni. Der Hauptausschuss des Reichstages wählte heute vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag des Abgeordneten Großer (Zentr.)

durch Jura der Abgeordneten Ebert (Soz.) zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Dr. Stresemann zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Herford und Minden-Ravensberg.

12. Juni.

Darlehen oder einmalige Kriegszulagen?

Nach den Mitteilungen des preussischen Finanzministers im Abgeordnetenhaus plant die Staatsregierung Entschuldigungsmaßnahmen für die Beamten. Sie will eine größere Summe, etwa 10 Millionen Mark, bereitstellen, um, vielleicht unter Beteiligung der in den Standesvereinen bestehenden Spar- und Darlehnskassen, langfristige Darlehen zu mäßigen Zinsen an solche Beamte und Lehrer zu geben, die durch den Krieg in Schulen geraten sind. In der Beamten- und Lehrerschaft wird dieser Plan nach den Urteilen der Fachpresse wenig günstig aufgenommen. Man kann darin keine durchgreifende Hilfe erblicken, sondern nur eine Verlängerung des für die Beamten und ihre Familien wie für das Staatswesen überhaupt unerwünschten Zustandes der Verschuldung. Solche Darlehen mögen Gutes wirken, wenn der einzelne staatliche Festbesoldete durch besondere Unglücksfälle in eine augenblickliche Notlage geraten ist und Aussicht hat, sich mit dieser Hilfe bald wieder emporzuarbeiten. Bei der jetzt bestehenden dauernden Notlage aller Beamten und Lehrer dürfte sie nicht den Erfolg haben, den die Staatsregierung von ihnen erwartet. Denn wovon soll sie der verschuldeten Beamte oder Lehrer zurückzahlen, wenn sein Einkommen schon zur Bestreitung der laufenden Ausgaben nicht mehr ausreicht? So ist zu befürchten, daß der Staat hier Mittel aufwendet, die ihren Zweck nicht erfüllen und die besser an anderen Stellen und in anderer Form ausgegeben werden könnten.

Will man den Festbesoldeten des Staates durchgreifend helfen, so ist das bei einer Verschuldung in größerem Umfang nur zu erreichen durch die Gewährung einmaliger größerer Zulagen, die sich in größeren Zeiträumen, je nach den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen wiederholen. Die bisherigen einmaligen Zulagen waren viel zu gering, das beweist ja gerade die jetzt amtlich zugegebene Verschuldung. Soll eine solche Beihilfe den Verschuldeten die Möglichkeit geben, sich ihrer Verpflichtungen gegen Dritte zu entledigen, so darf sie auf keinen Fall weniger als ein Viertel-jahresgehalt ausmachen. Damit wirkt man zugleich vorbeugend, und das ist ebenso wichtig wie die Beseitigung des schon eingetretenen Notstandes. Gewiß legt eine solche Maßnahme dem Staat eine für Friedensverhältnisse beträchtliche Ausgabe auf, aber was will sie gegen die Kriegsumsummen, mit denen wir rechnen, der Krieg uns gezwungen hat, angesichts der Löhne und Gewinne, die Reich und Staat den freien Berufen zugestehen und immer wieder erhöhen, was will sie bedeuten vor allem in Rücksicht auf die Notwendigkeit, den Beamten- und Lehrerstand vor dem nun auch durch Einleitung der Entschuldigungsmaßnahmen amtlich anerkannten sozialen Verfall zu bewahren, seine Glieder leistungsfähig und unantastbar zu erhalten und den Gefahren zu begegnen, die aus seiner fortschreitenden Verschuldung entstehen müßten.

Das Eiserne Kreuz an Herforder.

Dem Kürassier Adolf Riesenberger, wohnhaft Vielesfelderstraße 137, wurde für Tapferkeit vor dem Feinde das Eiserne Kreuz 2. Kl. verliehen.

Das Kriegsverdienstkreuz ist dem Magistratssekretär Beißert hier verliehen.

1. Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich. Reichstagsabg. Sivkovich hatte am 9. Mai aus gegebenem Anlaß an das Kriegsministerium verschiedene Anfragen über die Rückkehr der länger als 18 Monate in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Heeresangehörigen gerichtet. Darauf hat das Kriegsministerium am 22. Mai eine Antwort erteilt, aus der einige Tatsachen weiter Kreise der Bevölkerung interessieren dürften: Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich werden auf Grund des Austauschabkommens ohne besondere Anforderung in die Heimat entlassen. Anträge, es möge ein bereits länger als 18 Monate in Frankreich kriegsgefangener Heeresangehöriger in die Auslieferung einbezogen werden, sind also nicht notwendig. Der Abtransport der in Betracht kommenden Gefangenen beginnt voraussichtlich im Juli d. Js., wird aber bei der großen Zahl geraume Zeit in Anspruch nehmen.

2. Die Schattenseiten der Frauennarbeit. Wie dem Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin für das Jahr 1916 zu entnehmen ist, machen sich die Kriegsfolgen in diesem Jahre erheblich stärker und einschneidender bemerkbar als im Vorjahre. Der Aufbau der Kasse veränderte sich immer mehr. Der Anteil der männlichen Mitglieder sank weiter, und mit dem Ansteigen der Zahl der weiblichen Mitglieder stiegen die Versicherungsgefahren. Es ist noch nicht an der Zeit, ein endgültiges Urteil darüber abzugeben, wie weit die weibliche Arbeitskraft für die verschiedenen Betriebsarten ausreicht und wo sie versagt, aber damit muß gerechnet werden, daß ein beträchtlicher Teil der weiblichen Rassenmitglieder wesentlich größeren Anstrengungen unter-

worfen ist als die Männer. Neben diese letzteren nach 8- oder 9- oder 10stündiger Arbeit in ihr Heim zurück, so verbleibt ihnen weit mehr Zeit zur Erholung als den vielen tausenden Frauen, für die nun erst die Erledigung der Hausarbeit beginnt, die oft genug auch noch einen Teil der Nacht in Anspruch nimmt. Die schwere Last der Zeit läßt diese Heldinnen ausharren, bis die letzte Kraft verjagt, aber diese Ueberanstrengung der Kräfte geht nicht spurlos vorüber. Neben den Kriegsverletzten, die aus dem Felde zurückkehren, wird sich je länger je mehr, die Zahl der Opfer bemerkbar machen, die im Innern des Landes in treuester Pflichterfüllung mehr oder minder schwere Schädigung an ihrer Gesundheit erleiden. Die gleichen Wahrnehmungen werden bei der auch im Berichtsjahre weiter gestiegenen Zahl jugendlicher Versicherten sich geltend machen. Schließlich ist zu beachten, daß an die Stelle so vieler jüngerer, in der Vollkraft ihrer Jahre stehenden Männer auch ältere, nicht mehr widerstandsfähige, oft genug bereits invalidierte, gebrechliche Männer getreten sind. Diese veränderten Verhältnisse spiegeln sich in den Erkrankungsstatistiken wie in den Sterbeziffern wieder, beeinflussen aber natürlich auch die übrigen für Krankenhilfe gemachten Ausgaben. — Auch die Handelskammer in Düsseldorf äußerte sich unlängst in einem Gutachten über die schlimmen Folgen der industriellen Frauennarbeit in einer Weise, die in allen sozialpolitischen Kreisen Aufsehen erregen muß. Die Zahl der Frauenkrankheiten habe bei den beruflich tätigen Frauen in der Kriegszeit erschreckend zugenommen, namentlich bei solchen, die bei der schweren körperlichen Arbeit dauernd stehen müssen. Der Gedanke an die Zukunft unserer Nationen, die vor allem gesunde Frauen verlangt, sollte uns doch von der Einstellung weiblicher Arbeiter zurückführen, solange nicht die bitterste Not dazu zwingt. Diese Warnung von einem Hochsitz der rheinischen Rüstungsindustrie gibt zu denken.

— Die Selbstversorger müssen ihre Kartoffelvorräte über den 15. Juli hinaus absetzen. Die Provinzialkartoffelstelle hat angedeutet, daß die Versorgungsperiode nur bis zum 15. Juli geht. (Siehe heutige Bekanntmachung.)

3. Aus dem Tabakgewerbe. Zum Umsatzsteuer-Gesetzmäßig hat die Arbeitsgemeinschaft des Tabakgewerbes eine längere Eingabe an den Hauptauschuss des Reichstages gerichtet, in der sie u. a. verlangt, daß die Umsatzsteuer beim Kleinverkauf von Zigaretten nur vom Kleinverkaufspreis berechnet werde und nicht auch von dem Betrage, der auf der Zigarette ruhenden Vandalensteuer, einschließlich Kriegszulage, die rund 40 v. H. des Kleinverkaufspreises ausmacht. Der Einzelhandel im Tabakgewerbe, der bei der heutigen Warenknappheit seine Existenz nur noch von dem Zigarettenverkauf fristet, würde sonst untragbar belastet werden.

Aus der Tabakindustrie.

Zur Streckung der Tabakvorräte hat die Detag Bremen/Mannheim folgende Vorschriften erlassen: Um die Vorräte in ausländischen Tabaken nach Möglichkeit zu strecken, wird in Ausführung der Bekanntmachung der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten, Minden in Weßf., vom 1. Juni 1918 folgendes bestimmt:

a) Deckblatt. Vom 1. August 1918 ab muß jeder Zigarettenhersteller ein Drittel seines jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes durch Inlandstafel ersetzen, und zwar wird ihm hiervon in Rücksicht auf die geringere Ertragskraft des Inlandstafels für die Deckblattverarbeitung die fünffache Menge zugeteilt. Hiervon werden ein Fünftel auf Auslandsdeckblattkontingente, zwei Fünftel auf Auslandsdeckblattkontingente, zwei Fünftel auf Auslandsdeckblattkontingente belastet.

Von dieser Bestimmung sind diejenigen Zigarettenhersteller befreit, deren Sollbestände an Auslandsdeckblatt nach Maßgabe des jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes bis zum 31. Dezember dieses Jahres oder länger reichen. Diese Verarbeiter können demnach ihr jetziges Nettokontingent bis zu dem genannten Tage in Auslandsdeckblatt weiter arbeiten.

Diesem Verarbeiter, deren Sollbestände an ausländischem Deckblatt nach Maßgabe ihres jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes über den 15. November 1918 hinaus reichen, brauchen nur diejenigen Mengen durch Inlandstafel zu ersetzen, die ihnen auf Grund ihres jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes bis zum 31. Dezember 1918 fehlen; sie erhalten ebenfalls das Fünftel dieser Fehlmengen, die in gleicher Weise wie oben angegeben verbucht wird.

Es liegt im dringlichsten Interesse weitgehende Ausnutzung aller Inlandstafel für Deckblattzwecke herbeizuführen und schon jetzt damit zu beginnen.

b) Umblatt.

Vom 1. August 1918 ab hat jeder Zigarettenhersteller zwei Drittel seines jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes durch Inlandstafel zu ersetzen. In Rücksicht auf die geringere Ertragskraft des Inlandstafels für die Umblattverarbeitung wird die doppelte Gewichtsmenge des zu ersetzenden Auslandsdeckblattes zugestanden; hiervon wird die Hälfte dem Auslandsdeckblattkontingente belastet, die andere Hälfte dem Auslandsdeckblattkontingente.

Von dieser Bestimmung sind diejenigen Verarbeiter befreit, deren Sollbestände an Auslandsdeckblatt nach Maßgabe ihres jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes bis zum 31. Dezember oder länger reichen. Diese Verarbeiter können demnach ihr jetziges Nettokontingent bis zu dem genannten Tage in Auslandsdeckblatt weiter arbeiten.

Diesem Verarbeiter, deren Sollbestände an Auslandsdeckblatt nach Maßgabe ihres jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes über den 1. November 1918 hinaus reichen, brauchen nur diejenigen Mengen durch Inlandstafel zu ersetzen, die ihnen auf Grund ihres jetzigen Netto-Auslandsdeckblattkontingentes bis zum 31. Dezember 1918 fehlen. Sie erhalten ebenfalls das Doppelte der auf vorstehende Weise berechneten Fehlmengen, und die Verbuchung erfolgt in gleicher Weise wie oben angegeben.

Jeder Verarbeiter, der in ausländischem Deckblatt über den 31. Dezember 1918 hinaus versorgt ist, jedoch nicht in Auslandsdeckblatt, ist verpflichtet, die vorgeschriebene Ersetzung von zwei Dritteln des Auslandsdeckblattkontingentes durch solche Inlandstafel vorzunehmen, die nach Entscheidung der Detag Mannheim kein Deckblatt enthalten.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Mord aus Überglauben?

Aus Gießen wird uns berichtet: Vor einigen Tagen wurde die Hausbesitzerin Rosalie Kuffel in ihrer Wohnung tot aufgefunden; die Frau war anscheinend mit einer Schnur erdrosselt worden. Die Tat konnte verhältnismäßig bald aufgeklärt werden, als vermeintliche Mörderin wurde die Arbeiterin Sinodowitsch verhaftet, die auch vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis ablegte. Sie gab dabei über die Tat und die Motive zu ihrer folgenden Erklärung ab. Die Frau Kuffel, mit der sie bekannt gewesen sei, habe ihr vor etwa einer Woche ein Stück Brot abgegeben, das sie gegessen habe. Bald nach dem Genuß des Brotes stellen sich aber bei ihr heftige Schmerzen ein, die keinem Mittel, weichen wollten. Sie habe daher Verdacht geschöpft, daß es bei dem Brot nicht mit richtigen Dingen zugegangen sei und habe eine Wahrfagerin um Rat gefragt, diese habe ihr mit Bestimmtheit erklärt, daß das Brot von der Frau Kuffel vorher verhext worden sei. Durch diese Aufklärung sei sie in die größte Not geraten und es sei täglich zu Streitigkeiten zwischen ihr und der Frau Kuffel gekommen. Eines Tages habe sie besonders die Not über die Handlungsweise der Frau Kuffel gepakt, bei dem Streit sei sie der Frau Kuffel in deren Wohnung gefolgt und habe ihre Gegnerin durch Schläge mit einer Bohnenstange niedergelegt. Die Frau Kuffel habe sich heftig gegen sie gewehrt, sie habe daher einen Strick genommen und damit der Frau den Hals umschmitten, bis die Frau kein Lebenszeichen mehr von sich. — Diese Darstellung der Täterin würde an sich nicht ungläubig klingen, denn in manchen Kreisen der polnischen Bevölkerung Überschwenglichkeit der Über-glauben noch eine starke Rolle und es ist nachgewiesen, daß unter seinem Einfluß auch Verbrechen zustande gekommen sind. Die Behörde steht den Angaben der Frau Sinodowitsch deshalb vorläufig mißtrauisch gegenüber, weil sie ihrem Opfer Geld und Lebensmittel raubte. Die Polizei ist daher vorläufig der Meinung, daß ein wohl-vorbereiteter Mord in Frage komme, den die Mörderin durch ihre Darstellung mildern wolle.

Die ausgeräumte Pfarre.

Mögelrecht geplündert wurde die Wohnwohnung des Pastors Palm in Wilsleben bei Uckermark, der durch seine Differenzen mit seinen Amtsbrüdern und dem Konsistorium weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Nachdem gegen Pastor Palm vom Konsistorium auf Dienstentlassung erkannt worden war, hatte sich Palm nach der Schweiz begeben, jedoch seine Wohnung ohne Aufsicht gelassen. Diesen Umstand machten sich zunächst drei Schulknaben und ein Mauererlehrling zu Nutze. Sie drangen in den Keller ein und leerten von dem hier lagernden Wein verschiedene Flaschen, sodas sie betrunken wurden. Als die Eltern der hoffnungslosen Burschen die Ursache der Trunkenheit erfuhren, beschloßen sie die Gelegenheit weiter auszunutzen. Es wurde nicht nur der Weinkeller weiter ausgeräumt, sondern die weitere Wohnung systematisch nach jedem Wertgegenstand abgesehen. Wäsche, Kleider, Betten und Wirtschaftsgüter aller Art wurden weggeschafft. Von der Einbrechergehilfschaft wurden in der Pastorwohnung eine ganze Reihe von Besuchen gemacht. Beim letzten Besuch beglückten sie sich damit, die herausgeschafften Gegenstände zu verschütten, die zurechtgemachten Pakete wollten sie später abholen. Inzwischen hatte sich aber die Polizei auf die Burschen gelegt und die ganze Einbrechergehilfschaft wurde verhaftet. Es war nämlich unter einigen Mitgliedern Streit entstanden; der Beleidigte lief zur Polizei, und so kam diese hinter die Einzelheiten der verschiedenen Besuche in dem verlassenen Pfarrhaus. In der Verhandlung vor der Strafkammer hatten sich neben den eigentlichen Dieben und Einbrechern auch zwei Frauen, die dem Pastor gestohlene Sachen aufgekauft hatten, wegen Hehlerei zu verantworten. Das Gericht verurteilte die drei Schulknaben zu je einem Monat Gefängnis, die anderen Angeklagten erhielten Strafen bis zu neun Monaten Gefängnis.

Ein französischer Oberlehrer wegen Sabotage verurteilt.

Wie genau man die französischen und wohl auch die anderen Kriegsgefangenen bei der Arbeit beaufsichtigen muß, zeigte wieder einmal ein Fall, der vor dem Kriegsgericht der Kommandantur Berlin zur Verhandlung gelangte. Ein französischer Kriegsgefangener, im Zivilberuf Oberlehrer, hatte sich wegen Sabotage zu verantworten. Er hatte mit noch anderen Gefangenen auf einem Hofstall zu arbeiten und hatte dabei versucht, planmäßig die Kopfschrauben durch Vernichten der Keime zu zerstören. Dabei war er aber von Mitgefangenen beobachtet worden, die die Sache zur Anzeige brachten. Das Kriegsgericht verurteilte den Kriegsgefangenen zu 10 Jahren Gefängnis, wobei in der Urteilsbegründung ausgesprochen wurde, auf die verhältnismäßig hohe Strafe sei erkannt worden, weil es sich um ein planmäßiges, wohlüberlegtes Vorgehen gehandelt habe.

Deutscher Saatensatz.

Die Ernteausichten unseres Landes sind laut „Voss. Ztg.“ im großen Durchschnitt befriedigende. Die Herbstsaaten waren unter günstigen Bedingungen in vollem Umfange erfolgt. In guter Beschaffenheit traten die Saaten in den Winter, in noch besserer Verfassung sie ihn, da wir nur mäßige Kältegrade hatten und schon vom Februar ab überwiegend milde Temperaturen den Frühling einleiteten. Von Auswinterungen war kaum etwas zu hören, selbst die sonst gegen Blachfröste empfindliche Weizenanfaat englischer Abkunft hatte in bester Verfassung die strenge Jahreszeit überstanden. Zeitig setzte die Frühjahrssaat ein und erfolgte in ausgiebigem Maße, sehr früh entwickelte sich die Vegetation, und als der Mai mit seiner in vielen Gegenden trockenen und heißen Witterung kam, da waren die früh bestellten Gerste- und Haferfelder schon so weit entwickelt, daß sie selbst ihren Acker beschatteten und von der wochenlangen Dürre keinen Nachteil hatten. Nicht ganz so günstig steht es um die spät be-

stellten Venderen, wo das Frühjahrsgetreide spärlicher ausfiel, soweit es der Trockenheit ausgesetzt war. Es ist da nicht zu übersehen, daß West-, Süd- und Mitteldeutschland immer rechtzeitigen und reichlichen Regen hatten, so daß aus allen diesen Teilen unseres Landes die Nachrichten über die Ernteausichten fast nach jeder Richtung hin gut, teilweise vorzüglich bis zum heutigen Tage lauten. Auch in Norddeutschland hat der bessere Boden überwiegend für alle Getreidearten befriedigenden, dichten Stand, was sich aber bei dem leichteren Boden nicht immer sagen läßt. Es spricht hierbei hauptsächlich die Düngung mit. Wo diese genügend gewesen ist, auch der Stand im Verhältnis zu der leichten Bodenklasse gut, wo nicht, lassen die geringen Aecker zu wünschen. Der Mai hat viele Gewitter gebracht, die stichweise bald hier, bald da eilige Feuchtigkeit hergaben. Hauptsächlich kamen die Regen über Dürre aus größeren Teilen Ost- und Westpreußens. Dort war die Frühjahrssaat später als bei uns erfolgt, die Vegetation hatte ebenfalls später begonnen, und so machte sich dort mehr als anderswo die

Trockenheit fühlbar. Nunmehrige Niederschläge können dort aber vieles gutmachen.

Die Blüte des Roggens ist zum Teil vorbei, zum Teil geht sie ihrem Ende entgegen. Sie ist überwiegend unter günstigen Bedingungen erfolgt, und man darf auf einen guten Körneransatz der meist wohl ausgebildeten, großen Mehren rechnen, das Stroh des Roggens ist verhältnismäßig lang, und da auch bis jetzt in dieser Beziehung bei den anderen Getreidearten die Verhältnisse nicht ungünstig sind, so erwartet man mit einiger Gewißheit eine gute Strohernte. Die seit einigen Tagen eingetretene kühle, feuchtere Witterung ist zunächst willkommen. Sie verlangsamt die weitere Ausbildung des Getreides, aber kräftigt sie und darf namentlich für alle Hackfrüchte und Futterpflanzen, ganz besonders für alle Gemüße und für das Stecken der Kohl- und Rübenpflanzen als willkommen angesehen werden. Beim Obst haben Trockenheit und Sonnenbrand manche Nachteile verursacht, einmal dadurch das Anzeigefahr und der hierdurch angerichtete fühlbare Schaden ernstlich begünstigt wurden. Kartoffeln stehen bisher durchschnittlich

befriedigend; den verschiedensten Nachrichten zufolge ist der Anbau dieser Frucht merklich größer als im Vorjahre, zum Teil wohl auf Kosten anderer Feldfrüchte. Von frühreifen Herbstsaaten dürfte der Schnitt der Wintergerste und der Getreide bald beginnen, in begünstigten Lagen vielleicht schon angefangen haben. Die Nachrichten über Wintertraps und Wintertrüben lauten gut, nicht minder befriedigend über Wintergerste, deren Anbau sich im Kriege merklich gehoben hat. Von den Wiesen bringen die niedrig gelegenen den Mehrzahl der Mitteilungen nach gute Erträge, die übrigen sind nicht gleichmäßig, von gut bis ungenügend schwachend.

Befürwörden

Über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung anderer Blätter bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Kennfr. 29/31 (Fernsp. 83) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land.



Herford, den 19. Juni 1918.

Möblich und unerwartet erhielten wir die tieferschütternde Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, meiner vier Kinder liebevoller Vater, unser guter Schwiegersohn, Schwager u. Onkel

Friedrich Landré

Gefreiter in einem Artillerie-Regiment im Westen
Inhaber des Eisernen Kreuzes

am 1. Juni d. Js. in einem Kriegslazarette an den Folgen einer schweren Verwundung im Alter von 39 Jahren den Heldentod erlitten hat.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen in tiefem Schmerz:

Frau Johanne Landré
geb. Schnier, nebst Kindern.

Von Beileidsbesuchen bitten wir freundl. Abstand zu nehmen.

Die Beisetzung findet später hier nach erfolgter Ueberführung statt.



Herford, den 10. Juni 1918.

In den letzten Kämpfen im Westen fiel für das Vaterland unser lieber Sohn und Bruder

Albert Schirmeister

Leutnant der Reserve im Inf.-Regt. Nr. ...
im Alter von fast 23 Jahren.

In tiefem Schmerz:
Familie Gustav Schirmeister.

Wir bitten, von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Herford, den 11. Juni 1918.

Dankagung.

Für die vielen Beweise wohlwunder Teilnahme, die zahlreichen Kranzspenden und die trostreichen Worte des Herrn Ministerialrats danken wir herzlich.
Geschwister Viebusch.

Städtischer Butterverkauf.

Der Butterverkauf in der
Turnhalle am Wilhelmsplatz
findet am

Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche
in der bekannten Reihenfolge und zu den üblichen
Stunden statt.

Herford, den 12. Juni 1918.

Der Magistrat.

Suche

mehrere Lehrmädchen
für Arena. Zu melden
Joh. Hardt,
auf dem Silberbruch.

Arbeiterinnen
gesucht.
Gustav Bogelsang,
Kartonnagenfabrik.

Möbelfabrik

im Betrieb befindlich, für sofort zu kaufen gesucht, evtl.
bare Auszahlung.
Schnell entlassene Verkäufer wollen ausführliches Angebot unter Nr. 8512 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einreichen.

Bekanntmachung.

Die Bezugsscheinausgabestelle für Weh-, Werk- und Strichwaren ist vom 3. Juni d. Js. an bis auf weiteres, wie folgt geöffnet: donnerstags von 9-12½ Uhr, nachmittags von 4-5½ Uhr.
Herford, den 31. Mai 1918.

Der Magistrat.

Kürzung der Kartoffelernte der Selbstversorger.
Zur Verfügung der Provinzialkartoffelstelle in Münster ist die Dauer der Versorgungsperiode der Selbstversorger, die bisher bis zum 15. August 1918 reichte, für die Provinz Westfalen bis zum 15. Juni 1918 gekürzt worden.

Die Kartoffelerzeuger haben bis zum Schluß der gekürzten Periode Anspruch auf 1½ Pf. für den Tag und Kopf.

Die Kartoffelerzeuger haben die hiernach überflüssigen Kartoffeln bis zum 22. d. Mts. in der Markthalle abzugeben.

Wer die überschüssigen Mengen nicht abliefern, macht sich strafbar.
Herford, den 12. Juni 1918.

Der Magistrat.

**Freiwillige
Feuerwehr.**
Freitag,
d. 14. Juni,
abends 8 Uhr
Übung.

Der feste Zug tritt ¼ vor 8 Uhr auf seinem Alarmplatz in der Annstraße an.
Der Hauptmann.

Wir empfehlen:
la. handgeschmiedete
Senfen und Sichel
Senfenbäume
Senfenhämmer
Klopfenge
Senfenreicher
Heurechen
Getreiderochen
Kartoffelbäcken
und sämtl. Gemüsehäcker
sowie wieder eingetroffen
Waffeleisen.
Schradler & Matthes. Silberstr. 13.

Morgenmädchen.
od. Frau 2-3 Stdn. gesucht.
Diebstockstraße 15.

Drucksachen
für den Privat- u. Geschäftsverkehr liefert **Fr. Kuhle.**

DIRECTION DER DISCONTO-GESELLSCHAFT ZWEIGSTELLE HERFORD.

Schillerstrasse Nr. 9.

STAMMSITZ BERLIN. . . GEGRÜNDET 1851.

Kapital und Reserven

Mark 444,000,000

**Übernahme aller bankmäßigen
Geschäfte.**

Verwaltung, Kauf und Verkauf von Wertpapieren.
Einklösung von Zins- und Dividendenscheinen.
Diskontierung von Wechseln und verlostten Wertpapieren.
Annahme von Geldeinlagen.
Eröffnungen von Scheck- und laufenden Rechnungen.

**Bargeldloser Überweisungs- und
Scheck-Verkehr.**

Vermietung von Schrankfächern verschiedener Größen
auf längere oder kürzere Zeit.

Aufbewahrung von Wertpapieren und Dokumenten
(offene Depots) sowie vorübergehende Aufbewahrung
größerer verschlossener Behälter (Koffer, Körbe, Kasten
u. s. w.) mit Silber und sonstigen Wertsachen in der
hierfür besonders eingerichteten

Stahlkammer.

Bekanntmachung.

Weitere dringende Aufforderung zur Abgabe von
Männeranzügen.

Die Zahl der von uns aufzubringenden Anzüge beträgt 864 Stück.
Es sind bis jetzt zur Ablieferung gebracht 301 Stück.

so daß noch aufzubringen sind 563 Stück.
Es ergeht nochmals an alle säumigen Personen die dringende Aufforderung, nunmehr baldigst einen Anzug abzuliefern. Wer bis zum 15. Juni d. Js. nicht abgeliefert hat, wird mit Zwangsmaßnahme zu rechnen haben.

Herford, den 3. Juni 1918.

Der Magistrat.

Ein ordentlicher
Hausbursche
sofort gesucht.
Möbelfabrik Klingebiel,
Windenerstraße 2.

Guterhaltenes gebrauchtes
KLAVIER
zu kaufen gesucht.
Angelote an die Geschäftsst.
d. Ztg. n. Nr. 8527.

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Werktäglich

3 Ausgaben:
Morgen
Mittag
Abend
Sonntags einmal

Essen

Dortmund Duisburg

Hauptvertretungen:

Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Krefeld, Mülheim-Ruhr, Münster in Westfalen, Recklinghausen, Wanne, Witten

Bezugs-
preis: **5²⁵**
durch die Post
ohne Bestellgeld
vierteljährlich

**Bedeutendste Zeitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Unabhängig
nationales Organ. Erstklassiger Handelsteil. Reichhaltiges Feuilleton. Zuverlässige
und schnelle Kriegsberichterstattung. Hervorragendes Anzeigenblatt, namentlich für
die Eisen- und Schwerindustrie. Großer Stellenmarkt.**

Von Mittwoch ab ist
meine
Badeanstalt
wieder geöffnet. Bades
wäsche wird nicht ge
liefert.
A. Overbeck.

Villa
oder
Ein-Familienhaus
mit ca. 1 Morgen Gartenland
zu kaufen gesucht.
Arthur Dietrich,
Dortmund, Bismarckstr. 34.

Fabrik
oder größere leerstehende
Räume,
wenn möglich mit Bahnanschluss
zu mieten oder kaufen gesucht.
Arthur Dietrich,
Dortmund, Bismarckstr. 34.

Landschaftsbild
von einzelner Dame ge
sucht.
Offerten erbeten an
die Geschäftsstelle dieser
Zeitung unter Nr. 8524.

Reisstroh
zum freien geben fuderweise
ab. Auch zum Feuer anmachen
geeignet.
Werth & Blumenthal